

Ersteinstufige
nachst mit Ausnahm
bei Sonn- und Feiertagen.

Abonnementpreis
monatlich 60 Pfg.
vierteljährlich 1.80 M.
Halbjährlich 3.40 M.
Jahrespreis 6.40 M.
Durch die Post bezogen
1.00 M. extra. Belegkarte.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsblätter)
durch die Post nicht bezogen,
aber monatlich 10 Pfg.
vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse:
Volksblatt Halle/Saale.

Volksblatt

Inserationsgebühr
betragt für die gewöhnliche
Textzeile 10 Pfg. pro Zeile
20 Pfg. für
für anmerkungswürdige
Anzeigen 25 Pfg.
Im besonderen Falle
kann die Zeile 75 Pfg. betragen.

Inserate
für die ersten 5 Zeilen
müssen im Voraus bezahlt werden.
Die übrigen Zeilen werden
nach dem Abdruck aufgeschlagen.
Es werden keine
Anzeigen aufgeschlagen.
Es werden keine
Anzeigen aufgeschlagen.

Eintragungen in die
Polizeistempel.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eichartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. in Redaktion: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Wahlrechtsverfassungen.

In ganz Preußen fanden am Sonntag, 22. Januar, zahllose Wahlrechtsverfassungen statt, in denen die entrechteten Wähler Stellung nahmen zu der Verfestigung der preussischen Wahlreform.

Die Thronrede hat geschwiegen, die Regierung hat erklärt, die preussische Wahlreform erst wieder aufzunehmen, wenn sich die Parteien der Reichstagsmehrheit „verständig“ haben werden — das Volk aber hat am Sonntag laut und deutlich gesprochen. Die Hunderttausende in den Versammlungen wußten ganz genau, daß jetzt der Zeitpunkt noch nicht gekommen, wo sie zu härteren Mitteln greifen werden (Strafendemonstrationen, Massenstreik), weil das getreue Volk den nächsten Schlag gegen die herrschenden Mächte durch die Reichstagswahlen zu führen hat. Deshalb ist von den Rednern überall darauf hingewiesen worden, daß für die Reichstagswahlen gerüstet werden muß, daß aber das Volk nicht vergessen darf, daß durch einen großen Erfolg bei der Reichstagswahl noch nicht die Junkerherrenschaft überhanpt getroffen wird. Der Haß dieses Wurms sitzt in Preußen, und hier wieder im Deutschen Reich, und in der preussischen Regierung, die von oben bis unten eine Domäne der Junker ist.

Die Wahlrechtsverfassungen waren deshalb eine Notwendigkeit, um den Kampf für das gleiche Recht in Preußen noch zu halten und um den Massen zu zeigen, daß es ganz allein die Sozialdemokratie ist, die für das gleiche Recht des Volkes kämpft. Die Liberalen sehen recht schlecht auf die Versammlungen, zum Teil ignoriert sie die liberale Presse, zum Teil verteidigt sie ihre Bedeutung, zum Teil sind die Votizen sogar gefählig abgefaßt. Liberale Hilfe ist nirgends zu spüren, was wir auch nicht bedauern. Die Liberalen sind nun einmal die Partei des industriellen und kommerziellen Großkapitals, und dessen Herrschaft wollen und dürfen sie nicht gefährden. Deshalb wird die Eroberung des gleichen Wahlrechts vornehmlich die Sache der Arbeiterklasse, die Aufgabe der Sozialdemokratie bleiben.

Der Sonntag mit seinem äußerlich völlig ruhigen Verlaufe bewies, daß die sozialdemokratisch gefühlten Massen die mutterhafteste Disziplin und Ordnung zu halten wissen — wenn sie von der Polizei nicht gestört und belästigt werden. Die gemeinsame festgesetzte Parteilosigkeit wurde bis zum Kleinsten befolgt. Diese Parteilosigkeit bedeutet kein Kapitalisieren, sondern ebenfalls eine gewaltige Stärkung der Einheitlichkeit unserer Kampfkraft. Ja, wenn wir den Massen dumpe Hoffungslosigkeit gepredigt und sie resigniert und stumpf nach Hause geschickt hätten, da würde es schädel um die Hoffnungen auf gleiches Recht. Nein! Das revolutionäre Feuer ist in den Herzen entzündet und die Sinne sind zum klaren Erkennen der gewaltigen Macht und der kommenden Aufgaben der Arbeiterklasse geweckt worden, so daß wir wissen: auch der letzte Sonntag hat uns ein gewaltiges Glück vorwärts gebracht!

Und wenn nach dem Vollsieg bei den kommenden Reichstagswahlen die Umwälzungen zu tollen Verweisselungsstreifen ausbleiben werden, so wird sich der geeignete Moment herausgestellt sein, die Erklärung der preussischen Junkerleitung mit schlammigem Tempo und mit allen sozialen Nachmitteln der Arbeiterklasse aufzunehmen.

1913 kauft die Uhr des Dreiflüssenhandels ab. Es muß wie der heilige Eid die Herzen und Sinne des arbeitenden Volkes ausfüllen: daß niemals wieder nach dem Dreiflüssenhandels gewährt werden darf!

Das gleiche Wahlrecht wird erobert werden!

Rednungen über die Versammlungen.

In Groß-Berlin fanden allein 73 Versammlungen statt, die ohne Ausnahme überfüllt waren. In vielen Fällen mußten Tische und Stühle entfernt werden, und die Menschenmassen, die keinen Einlaß mehr fanden, kauften sich auf den Straßen und füllten zum Teil bis nach Ende der Versammlung aus. Eine ganzbemessene Abkündigung der Teilnehmer ist ganz unmöglich. Sogar ist nur, daß weit über 100 000 sich in Groß-Berlin an der Demonstration beteiligten. Etwa hundert Demonstrationen waren nicht geplant und sind infolgedessen auch völlig unterblieben. Die Polizei aber hatte sich auf einen „großen Tag“ eingestellt. Vor allen Soldaten waren starke Polizeiaufstellungen sichtbar, liegende Wachen waren etabliert, und die Polizeibehörden ließen sich benachteiligen, als ob neue Moschiter Schützen bewachen würden. Es ist inoffiziell, daß der Versammlungsrubig ihres Weges, und die Polizei war diesmal klug genug, direkte Zusammenstöße nicht zu provozieren.

Die Versammlungen wurden in Groß-Berlin nur teilweise, im ganzen Lande aber durchgängig überhand. In allen Groß-Berliner Versammlungen wurde die nachfolgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Versammlung spricht ihre tiefste Enttäuschung über die Art aus, in welcher unsere Regierung und der reaktionäre Kaiserliche Hof das Versprechen des Königs, dem preussischen Volk endlich eine der heutigen Natur angemessene Vertretung zu gewähren, verweigern und zu brechen versuchen.

Die Mehrheit des deutschen, des preussischen Volkes, aus den Anhängern der Sozialdemokratie bestehend, hat allerdings von den herrschenden Klassen keine andere Handlungsweise als Spott und brutale Vergewaltigung zu erwarten.

Die Versammlungen geloben wiederum, unerschütterlich zu wirken und zu agitieren, um die schärfste Reaktion in Preußen zu bekämpfen. Besonders die kommenden Reichstagswahlen durch sozialdemokratische Stimmgabe zu einer vernünftigen Wiederlage der Junker und Schermafcker zu gestalten und die Regierung zur Gewährung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu zwingen.

Aus den übrigen Teilen Preußens liegen uns bis zum Redaktionsschluss folgende Nachrichten über die Wahlrechtsdemonstrationen vor:

Königsberg. Zwei große Versammlungen, trotz schätlichen Wetters von 8000 Personen besucht. Großes Polizeigebot. Die Demonstration verlief ruhig, da sich die Polizei ruhig verhielt.

In Ostpreußen fanden weitere Versammlungen statt in Gumbinen, Tilsit, Memel, Rastenburg, Sald, Braunsberg und Osterode.

Wreslau. Sechs überfüllte Versammlungen, an denen circa 8000 Personen teilnahmen. Die Polizei war diesmal zurückhaltend.

Landkreis Breslau. 19 Versammlungen.

Brandenburg. Es fanden mehr als 60 Versammlungen in der Provinz statt. In allen Versammlungen fand eine Resolution Annahme, die über das Schweigen in der Wahlrechtsfrage in der „Thronrede“ protestiert.

Görlitz. Sechs Versammlungen waren außergewöhnlich stark besucht.

Niel. Im Nieler Wahlkreis wurden zehn Versammlungen abgehalten. Die Beteiligung war sehr stark. In Niel allein beteiligten sich 8000 Personen.

Sarburg. Zwei überfüllte Versammlungen protestierten einmütig und verteilten sonst ruhig.

Magdeburg. Drei Demonstrationsversammlungen, darunter eine unter freiem Himmel, waren sehr stark besucht. Die Zahl der Teilnehmer wird auf 8000 geschätzt. Die Polizei hatte ihre Streitkräfte im Abenddienst durch Doppelposten verstärkt, sie verhielt sich jedoch passiv und ruhig.

Erfurt. In Erfurt und Umgebung fanden drei Versammlungen statt, die insgesamt von 3000 Personen besucht waren.

Eiberfeld. In Eiberfeld und Barmen fanden vier Versammlungen statt; sie waren durchgängig überfüllt. Die Beteiligung belief sich auf 5000. Die Versammlung protestierte gleichzeitig gegen die sogenannte Reform der rheinischen Landgemeindeförderung, die die Vorrechte der Besitzenden erhalten will.

Kemfisch. Die Versammlungen im Kemfischer Wahlkreis und im Kreis Hagen-Zwetteln verliefen bei sehr starker Beteiligung ruhig, da sich die Polizei zurückhielt.

Blm. Im Blm. Kreis fanden acht, im Wülheimer sechs und im Saadener Kreis fünf durchgängig überfüllte Versammlungen statt.

Halle/Saale. Im Kreis Halle/Saale wurden neun Versammlungen abgehalten, die auch überfüllt waren.

Essen. Im Stadt- und Landkreis Essen protestierte die Bevölkerung in vier Versammlungen. Die Versammlungen waren, wie überall, sehr stark besucht. Die Polizei verhielt sich überall ruhig und zurück.

Udenfeld. In Udenfeld, Hierfeld, Altena, Rehder, Gröme und Dellingsdorf wurden sechs Versammlungen abgehalten. Teilnehmerzahl 5000.

Dortmund. Der Wahlkreis Dortmund veranfaßte zwölf Versammlungen; sie waren auch besucht. Zwischenfälle sind nicht zu verzeichnen. Die Polizei war ruhig.

Vielefeld. In Vielefeld und den Vororten fanden drei Versammlungen statt. 3000 Besucher. In Vielefeld fanden Hunderte im Saale keinen Platz mehr.

Kassel. Eine Versammlung war von 2000 Personen besucht. Die Polizei hatte umfassende Vorposten aufgestellt. Zu irgendwelchem Einschreiten kam es nicht, da sie passiv und ruhig blieb.

Frankfurt a. M. Im Frankfurter Gebiet wurden 20 Versammlungen abgehalten. Diese Versammlungen, sowie die Demonstrationsveranstaltungen in Hanau, Höchst und Wiesbaden waren durchgängig gut besucht.

Brandenburg-Saale. Die zwei hier abgehaltenen Versammlungen waren von 2000 Personen besucht.

Singerwalde. Die Demonstrationsversammlung war überfüllt.

In den meisten Versammlungen wurden Resolutionen angenommen, in denen nachdrücklich eine sofortige Reform des preussischen Wahlrechts gefordert wird.

„Unsere“ Schutzmannschaft.

Welch tiefes Mißbehagen die Moschiter Entschlüssen bis hinein in die samstagsmorgens Kreise des Bürgerkriegs erzeugt haben, zeigt der Umstand, daß sogar die Moskauer Zeitung — ein national-liberales Blatt, das nicht selten zu offiziösen Anstellungen der Regierung benutzt wird — sich aus Berlin einen Artikel über „Unsere Schutzmannschaft“ schreiben läßt, worin das schärfste Urteil über die Berliner Polizeibehörde gesprochen wird, das man sich denken kann. Es vertritt sich von selbst, daß der „Anstaltsleiter“ Beschauer die Urteile der Moschiter Mißbehagen nicht da findet, wo sie in Wirklichkeit zu finden sind. Aber was er der Berliner Polizei ins Stammbuch schreibt, ist gerade deutlich genug. Wir lesen da S. 2:

Der Bedarf an Schutzleuten ist sehr groß, und um ihn zu decken zu können, hat man bereits die Anforderungen heruntersetzten müssen, so daß von den angehenden Schutzleuten nicht die volle Erziehung der erst nach zwölf Jahren erreichten Reifebildung gefordert wird, sondern sie schon viel früher eingestellt werden. Die Folge davon ist, daß der Ersatz sich in der er gut gebildet und zum Beispiel mit dem der Gewandbarkeit gar nicht vergleichen kann. Leute, denen es beim Willkür nicht ganz wohl war und die gegen die Willkür der vollen zwölf Jahre eine Ausbildung hätten, werden sich mit Vorliebe an die Schutzmannschaft, und da man so leicht so deren Stellen nicht wohl besetzen kann, so kann man auch keine große Auswahl treffen und muß sich auch mit weniger gutem Material begnügen.

Insbesondere wird die Schuld weniger dem einzelnen Beamten als dem System der preussischen Polizei zugeschrieben, nach welchem sich Polizeioffiziere wie Schulleute in erster Linie nicht als Beamte, sondern als Soldaten fühlen. Der Artikel findet da folgende treffende Worte:

Ein tüchtiger Soldat wird immer die höchste Weisung seines Vorgesetzten im Arzte erwidern müssen, im Arzte, bei dem gebauert und gehalten wird, ist aber nicht zu wünschen, daß diese militärisch einwandfreie Auffassung auch auf die Tätigkeiten der Beamten übertragen wird. Es ist ja kein Zufall, sondern eine wohl überlegte Absicht, wenn man bei Strafverurteilungen so lange wie irgend möglich das Vergehen von Militär verurteilt, gerade deshalb, weil der Soldat, wenn er einmal in Tätigkeit tritt, ohne jede andere Rücksicht entgegen zu kommen, die auf die Zurückhaltung des einzelnen Beamten besteht. Darin liegt aber schon, daß der Schutzmann und der Polizeioffizier anders zu handeln haben als der Soldat. Und er kann und wird unter Umständen zu richtigerem Vorgehen und zu vollem Waffengebrauch gezwungen sein, er wird es aber in einem anderen Maße tun müssen als der Soldat, der sozusagen eine Gewaltmaschine ist, während der Schutzmann eine größere Anpassungsfähigkeit an die Verhältnisse besitzen soll. Soldaten werden nur in ganz vereinzelten Fällen im Kampfe als individuelle Persönlichkeiten aufzutreten haben, sie werden vielmehr fast immer als Masse betrachtet werden. So das auch beim Schutzmann zutrifft, wird natürlich ganz nach der militärischen Regel zu handeln sein, wo aber der Schutzmann als einzelner handelt, und das wird sehr häufig vorkommen und ist auch bei den ungewöhnlichen Vorfällen in Macht vorgekommen, da wird er sich nicht als Soldat fühlen dürfen, der nur zu schießen und zu hauen hat, sondern als der Beamte, dessen Aufgabe nicht Gewalttätigkeit, sondern lediglich Herbeiführung der Ordnung ist.

Hieran schließt sich eine nicht minder deutliche Mahnung an den Berliner Polizeipräsidenten, die sich Herr v. Jagow wohl auch nicht hinter den Spiegel finden wird. Dieser habe keine so große Gewalt über seine Beamten, daß er, wenn er ernstlich will, sie ganz willkürlich in seinem Sinne beeinflussen kann.

Das Material, das dem Polizeipräsidenten anvertraut ist, ist durchaus billiger und behaltensfähig, nur muß er den rechtlichen Willen und das Recht des einzelnen Beamten für die wirkliche Aufgabe der Schutzmannschaft haben, die nicht darin besteht, den Schutzmann in einen sonstigen naturgemässen Gegenstand zum Substitut zu stellen.

Am Ende ist es recht erfreulich, daß endlich einmal auch die „Anstaltsleiter“ Rechte des Bürgerturns für die Polizeigenossen die richtigen Worte finden. Nur darf man das nicht übersehen und sich eine infolge dessen in falschen Hoffungen wiegen. Hat ja doch auch das Berliner Tageblatt, das Blatt der „agibierten“ Epöcher in Berlin, das zwar, bei den Moschiter Urteilen selbst, geradezu polizeistimmig war, nachher während des Prozesses und jetzt gegenüber dem Reden der Minister Seemann und Tollwig sich mit anerkennendem Entschluß gegen die preussische Polizeibehörde gewendet. Aber woran liegt das? Was zwei Urteilen ist der Epöcher nicht geworden: einmal, weil der Schutzmannsstand beim Strauen und Ercken nicht nur Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern getroffen hat, sondern auch die berechtigten Bürgermann an einer furchtbaren Gefahr geworden ist. Das ist ja in diesen Wöden und Monaten oft genug erzählt worden. Es kommt aber noch ein anderer Umstand hinzu, der in der öffentlichen Erörterung neben dem Entschluß über die vollen Willkür ganz zurückgetreten ist. Und das ist dieser, daß die Polizei eine erschreckende Unfähigkeit zur Lösung ihrer eigentlichen Aufgabe an dem

lassen ihnen, der Disziplin wegen, nur einen kleinen Teil (1/10) des eigenen Willens. Vorher oder können wir ihnen bedingungslos jede Freiheit. Dem Anzugsfähigen ist verboten, was dem Anzugsfähigen sich laßend gestattet warf. Dies nennen wir Folgerichtigkeit, und wir rühmen sie vor Fremden gern. Derselbe Fremde weiß indes, daß junge Mädchen, die schon einmal auf Hügel hoch gewesen sind, nur in sich ein wenig mehr über sich haben. Daß ein Unreifer, dem bereits alle Götter der Götterhölle offenbart und gestattet worden sind, nie mehr in einen naiv aufrechten Jungling zurückverwandelt werden kann. Wenn sich die Klagen über schlechtes Material, das besonders aus den Großstädten zum Militär kommt, bedrohlich häufen, wenn dars Wunder nehmen?

Die Kinder sind wenigstens offen: Sie verlangen Gehör, sie sind nicht den „Mitschönen“, sondern den naiven des Schönen, den des verflachten Ausbeutungssüßers. Alles Streben der „Jugendfreunde“ über den „entfesselten“ Einfluß der freien Jugendbewegung ist verlorene und widerliche Bescheidenheit — man will nur christliche Frömmigkeit und Gehorsam, um ungeachtet und ungehört herrschen und ausbeuten zu können.

Der Studentenstreik in Hannover

Am Freitag in der Sitzung der Subkommission des preussischen Landtages zur Sprache. Der Landwirtschaftsminister teilte mit, daß die Studenten der tierärztlichen Hochschule dem Direktor eine in einer Studentenversammlung gefasste Resolution überreichen ließen, in der die für die Vorlesung nicht billigen könne und erwarte, daß die Studenten nach wie vor die Vorlesung besuchen. Am anderen Morgen kamen aber keine Studenten. Jetzt habe der Minister angeordnet, daß am Samstag ein Besuchsbesuch gemacht werde, daß die Studenten, die bis zum nächsten Mittwoch die Vorlesungen nicht besuchen, mit dem Verlust eines Semesters bestraft würden. Das Besuchen sozialdemokratischer Wege — als solcher sei der Streik anzusehen — werde er unter allen Umständen verhindern. Soweit er wolle, stehe der Direktor der Hochschule durchaus auf dem Standpunkt der Regierung, daß das Direktorium eine Umänderung nicht erlauben solle. Es würde ebenfalls einige Professoren hinter den Studenten stehen, sonst wären sie nirgendwo Unterstützung bei ernstlichen Stellen. Ein Mitglied der Kommission bemerkte, daß der Streik doch nicht von Sozialdemokraten in Gang gesetzt sei, worauf der Minister erwiderte, daß er das nicht annehme, nur der Streik sei ein sozialdemokratisches Mittel, dem er unbedingt entgegenzutreten wolle.

Die Kommission befahte sich dann mit einigen agrarischen Wünschen, insbesondere suchten sich die Agrarier durch die Unfallversicherungsverordnungen begünstigt, die für landwirtschaftliche Betriebe erlassen worden sind.

Deutsches Reich.

Der Entwurf für ein deutsches Strafgesetzbuch. Nach einer Mitteilung des Berliner Telegraphen wird die Kommission zur Feststellung eines Entwurfs für ein deutsches Strafgesetzbuch am 4. April zu ihrer ersten Sitzung zusammenzutreten. Der Kommission gehören 15 Mitglieder an: Vertreter der Justizbehörden, Richter und Rechtsanwältinnen und ein Richter. Den Kommissionsberatungen wird der Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch und die an ihm geübte Kritik zugrunde liegen.

Das Wahlmandat der Privatbeamtenversicherung. Der Entwurf eines Privatbeamtenversicherungsgesetzes wird von der Privatbeamten-Zeitung, dem Organ des Deutschen Privatbeamtenvereins, einer scharfen und bitteren Kritik unterzogen. Den Beamten würden Steine statt Brot geboten; einmütig müsse Protest erhoben werden, eine die Behörde da sei. Ganze Kategorien Landesangehöriger seien trotz aller Petitionen übergegangen; auch der größte Stein des Anstoßes, die zehnjährige Wartzeit, sei beibehalten worden. Am Schluß ihrer Ausführungen schreibt die Privatbeamten-Zeitung: „Wir betrachten den Entwurf lediglich als das Verlegenheitsprodukt eines Wahlmannes, durch das die Privatbeamten vor den Reichstagswahlen bei guter Laune erhalten werden sollen.“

Die Arbeiter in Staatsbetrieben. Im preussischen Abgeordnetenhaus haben die Fortschrittler folgende Anträge eingebracht: Die Staatsregierung möge die Besugnisse der Arbeitervereine in den staatlichen Betrieben dahin erweitern, daß die Arbeiter über die Wohnlage und über Festlegung der Arbeitszeiten gebietet werden; den Wählern der Arbeitervereine in staatlichen Betrieben sollen dieselben Sicherungen des Arbeitverhältnisses gewährt werden, die auch die Privat-Verwaltung der Eisenbahnen gewährt werden; endlich sollen Verhandlungen zur Revision des sog. Gothaer Vertrages eingeleitet werden, es handelt sich dabei um armenrechtliche Fragen.

Nein! Nicht bei der Berliner Kriminalpolizei. Die bekannte Kampart der Japaner, die man Hsün-Nichtshau nennt, soll jetzt auch bei der Berliner Kriminalpolizei eingeführt werden. Der Polizeiminister hat sich mit dem Plan einverstanden erklärt und in einer Sitzung von Beamten erzählenden Kosten bewilligt.

Vorberedung für neue „Moaibite“.

Der „Holl Hoffmann“. In unserm Artikel in der letzten Nummer über die Sitzung des preussischen Dreifassenausschusses war der „Holl Hoffmann“ nur kurz erwähnt. Da die Strockerleute daraus Kapital schlagen und in einer späteren Sitzung darauf zurückkommen wollen, sei hier die hübsche Geschichte wiedergegeben.

Holl Hoffmann (Soz.) zur Geschäftsordnung: Als ich vorhin auf eine Protokollierung der Meinen einige Zusätze machte, sagte der Herr Präsident: „Ich nehme Sie in diesem Falle nicht ernst.“ Ich bitte nun den Herrn Präsidenten, mich jetzt ernst zu nehmen, wenn ich sage: Ich habe die hiesige Regierung für eine Unverschämtheit (Große Unruhe redet).

Präsident v. Schröder: Diese freundliche Redebeziehung, einem Präsidenten dieses Hauses Unverschämtheit vorzuwerfen, der aus reiner Gutmütigkeit (!) gesagt hat, ist allerdings sehr hart. Es tut mir leid, daß wir jetzt schon so weit am Ende der Sitzung stehen, daß ich keine Möglichkeit gegen Herrn Hoffmann mehr habe, sonst würde ich ihn von dieser Sitzung ausschließen. (Wabul redet).

Die Sitzung war leider gerade zu Ende...

Der Dreifassenausschuss wurde Sonnabend über die Wagnernot sehr viel von innen Parteien gesprochen, die seit Jahr und Tag dem gesamten Volke die immer schwereren Lasten der wahnwichtigen Kriegserregungen auferlegen und durch die Steuern und Vorkosten dafür sorgen, daß die volle Wucht dieser Lasten auch getreulich nur die schwächsten Schultern trifft.

Es macht sich für die Herzen der Reichsfinanzreform recht gut jetzt für die hungernden Bürger mit Worten, Worten, Worten einzutreten. Werden die Weinbauern am Rhein, an der Mosel und der Ahr mal rebellisch — dann wissen die schwarzen Herren, deren Mandate drohend scheinen, rechtzeitig ihnen die Religion in Gefahr zu schänden. ... So schaut in Wahrheit die Gasse für die Bürger aus. Aber unter dem Eindruck der allgemeinen für die Schwarzblauen so gar nicht rosigen Situation will man noch mehr tun: Der preussische Finanzminister ist geneigt, 450 000 Mk. zur Verfügung zu stellen, damit dem Wein- und Sauerwein näher an den Leib gerückt werden kann. Ob man aber auf die Dauer der vom Landwirtschaftsminister von dem Reichsminister für Weinbauern der Weinbauern dem mit wird vorbeugen können, ist fraglich. Schließlich fallen ja dann ihre Güter den Weinbauern unter die Hand — Herr v. Schröder meinte auch, die Geschäftsabänderung der Weintrinker sei schuld an dem Elend. Während dem Arbeiter jeder Wein unerschwinglich ist, konsumieren die, die etwas haben, soviel, daß dadurch ganze Gewerbe beeinträchtigt werden...

Am Montag wird der Landwirtschaftsminister beraten werden.

England.

Eine britische Reichsarbeiterkonferenz.

Die englische Arbeiterpartei hat an die Arbeiter-Staatsmänner der großen Kolonien, die zu der im Sommer stattfindenden Reichskonferenz nach London kommen, die Einladung geschickt, eine Reichsarbeiterkonferenz zu besuchen. Der Herr Fisher, der Ministerpräsident der Arbeiterregierung, der Gedanke der Reichsarbeiterkonferenz stammt vom Genossen Macdonald, dem Sekretär der englischen Arbeiterpartei. Er glaubt, daß solche Zusammenkünfte den englischen Arbeitervertretern einen besseren Einblick in Kolonialfragen gewähren und vielleicht zur Formulierung einer imperialen Arbeiterpolitik führen wird. Auch könnte es, meint er, auf diese Weise zu einer einheitlichen Stellungnahme aller Arbeiterparteien des britischen Reichs zu großen Reichsfragen kommen. Auch in Fragen der Sozialpolitik könnten die Arbeiterführer viel voneinander lernen. Macdonald hofft, daß aus dieser ersten Zusammenkunft eine in regelmäßiger Zwischenräume zusammenzutretende Reichsarbeiterkonferenz erwachsen wird.

Frankreich.

Die bunte Kuh.

Aus Paris wird uns geschrieben: Die Freitage dienen in der französischen Kammer zu Interpellationszwecken. Das ist eine alte Tradition, von der am letzten Freitage zum zweiten Male einige reaktionäre Heißsporne Gebrauch machten. Der Wortkampf galt der Konföderation der Gewerkschaften. Es heißt eigentlich der Diskussion ein ungehörliches Kompliment machen, wenn man von einem Wortkampf spricht. Die etwas fomite und verschämte Rederei einiger reaktionärer Deputierten gegen die französische Gewerkschaften wurde jedoch weit mehr, als die Interpellation, zu halten in der Lage war. Die Frage ist ja gewis sehr schwierig. Sie läuft schließlich auf das alte reaktionäre Problem hinaus: Wie hält man den Lauf der Welt auf?

Die Interpellationen müßten von der Regierung nicht mehr und nicht weniger, als die Auflösung der Konföderation. Vorige Woche Freitag hatten einige reaktionäre Abolaten im Schweizer des Angesichts ihrer Zuhörer den Redeweis erbracht, daß die Konföderation der Gewerkschaften auf einer ungesunden Basis beruhe. Folglich müßte man sie auflösen. Am Freitag hat ein anderer Abolater diese Beweisführung wiederholt. Dann kam Herr Briand dran. Der kapitalistische Ritter Georg erwies sich aber als ein ganz gewöhnlicher Klopfschreiber. Geht, sagte er, nichts ist leichter als die zehn oder fünfzehn oder die fünfzig oder die hundert oder die tausend, unter einem juristischen Vorwande einzulösen, um die Konföderation als aufgelöst zu erklären. Was ist damit aber gemeint? Hinter den 10 oder 15 Mann steht noch etwas anderes als ein Statut, dessen Lokalität vor 15 Jahren, bei Gründung der Konföderation, angefochten hätte werden müssen. Heute ist es dazu zu spät. Hinter den Führern stehen 60 Verbände, 150 Arbeitsbüros, über 3000 Emblate mit 450 000 Mitgliedern. Wenn man also die Konföderation wirklich auflösen will, dann genügt es nicht, die zehn oder fünfzehn Personen einzulösen, dann muß man die 60 Föderationen, die 150 Arbeitsbüros und die 3000 Emblate gleichfalls auflösen. ... Herr Briand sah sich Mühe und die Abgeordneten saßen einander an, 450 000 Mitglieder der Konföderation, die in der Halle saßen, und dann erwiderte Briand seinen alten Plan. Man müßte die hundert Emblate, die die große Mehrheit bilden, schlißen, die revolutionären Wäse zu jahren Hundem freisetzen, indem man ihnen einen Pfennig zu bewachen gäbe, die Korruption und das Mißtrauen zu fördern usw. Mit einem Wort, mit den scharfen Krallen richtet man da nichts aus, man muß das Sammelbüros zeigen. Am übrigen, schloß Briand — buml buml buml — ist die Regierung energisch entschlossen, die Ordnung und den sozialen Frieden aufrechtzuerhalten. — Die kapitalistische Republik Frankreich rejuviniert heute sehr treffend die Debatte folgendermaßen: Die Weigerung des Herrn Briand wird nicht verstanden, dem immer Teil der öffentlichen Verteidiger der Gesellschaft gefunden zu haben und ihm deshalb Vertrauen entgegengebracht hat — eine tiefe Enttäufung zu bereiten.

Der Bürgerkrieg.

Vor einigen Jahren waren die Weinbauern Südr Frankreichs die aufstehenden und den Weinbauern Manifestationen, die zu einem Militäraufstand nach einer mörderischen Schiere führten, der Elend hinausführten. Es war das Elend der Hungerflut, der die Weinpreise fast unterm Preisverfallpreis sinken machte. Jetzt sind es die Weinbauern der reizenden Champagne im nördlichen Zentralfrankreich, von wo der berühmte und teure Champagner herkommt — oder herkommen soll — die sich erheben. Tausende Liter mehr oder weniger edlen Champagners sind geröstet, in die Gasse geschüttet worden. Die Sturmglocken läuten und Mörsergeschüsse geben Signale.

Wenn man Champagner trinkt — oder sagen wir lieber — wenn man Champagner hört, dann denkt man, soweit man überhaupt etwas denkt, an reiche Befehle, mit einer glücklichen, privilegierten Menschenklasse. Denn der Champagner gibt seine vorzüglichsten Eigenschaften aus dem Boden, weshalb er nach der Provinz, wo er allein unerschöpflich gedeiht, genannt wird. Die Wirklichkeit sieht anders aus als die Illusionen, die bei Champagnerperlen aufsteigen. Vor etwa zwanzig Jahren vernichtete die Mehltau die meisten Weinplantagen der Champagne. Der Bodenpreis sank ungeheuer, die Bauern veräußerten ihre Besitzungen an Großkapitalisten, die anderen verloren in deren Abhängigkeit. Zum Verkauf und zur Herstellung des Champagners gehört ein großes Kapital. Die Konkurrenz der Kapitalisten hielt die Verkaufspreise anfänglich auf gewisser Höhe — 1000—1400 Franc das 200-Liter-Fäß

Angewachsen hat sich das Kapital jedoch vertrustet und beherrscht wirtschaftlich und politisch die „glückliche“ Champagne. Heute stellt man den Bauern 200—250 Franc für das Fäß, das 2000 Litern. Dazu kam die Weinflaute und schließlich in diesem Jahre ein totale Misere. Das Elend ist dadurch auf äußerste getrieben. In der „glücklichen“ Champagne hungert man und — ein leerer Bauch hat keine Örgane (jag ein französisches Sprichwort). Wohl hat man vor zwei Jahren die Champagne abgetrennt, das ist aber nur den Großkapitalisten zugute gekommen und hat nicht verhindert, daß aus ausländischen Weine bezogen, bearbeitet und dann als „echter Champagner“ vertrieben worden sind. Inzwischen hungerten die Bauern, die sich endlich revoltiert haben. —

Italien.

Streikende Arbeiter werden niedergeschossen!

Zeit einigen Tagen haben die Landarbeiter in Rom, die mit dem Export der Apfelsinen beschäftigt sind, im Aufstand. Am Sonntag ereignete sich ein erster Ausbruchfall. Mehrere Hundert Arbeiter hatten in Erfahrung gebracht, daß ein gewisses Quantum Apfelsinen exportiert werden sollte. Der Export wurde von Carabinieri begleitet. Die Landarbeiter verletzten den Transport zu verhindern, worauf die Soldaten sofort von ihren Waffen Gebrauch machten. Von den Landarbeitern erlitten 20 ziemlich schwere Verletzungen.

Türkei.

Die Kämpfe in Arabien.

Der am 15. begonnene Kampf mit den Aufständischen soll, wie das Konstantinopeler Blatt Zümrüt berichtet, am Sonntagabend noch fortgedauert haben. Die Keisertruppen hatten 80 Tote und ebensoviel Verwundete. Die Verluste der Aufständischen sollen sehr bedeutend sein. — Die Regierung hat das Truppenaufgebot für die Unterdrückung des Araberaufstandes im Jemen auf 63 000 Mann erhöht. Nach in Konstantinopel eingeflossenen Konsulateberichten werden dieser Armee 35 Stämme der Wahabis und der Zmanis zusammen an 100 000 Mann gegenüber stehen.

Ausbreitungen englischer Matrosen?

Aus sicherer Quelle erhält der Konstantinopeler Korrespondent der Frankf. Zeitung Kenntnis von einem ersten Ausbruchfall, der sich am 19. d. Mts. in Dubaj im Küstengebiet von Hadramaut zugetragen hat. Nach Telegrammen aus Bahraur hätten dortselbst gelandete englische Matrosen sich an muslimanischen Frauen vergewaltigt. Der Bevölkerung benachteiligte sich eine große Erregung; es kam zu ersten Tötungen und den englischen Matrosen zu einem erzwungenen Abzug. — In Bagdad, wobei mehrere Matrosen tot auf dem Plage blieben. Kurze Zeit nach diesem Ausbruchfall begann das englische Schiff Dubajay zu bombardieren. (?)

Japan.

Das englisch-japanische Bündnis

Berühmt am Freitag Ministerpräsident Marquis Katfura, der das Parlament mit einer Rede eröffnete, in der er betonte, daß die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten herzlich seien. Das Bündnis mit England werde fester mit seinem zunehmenden Alter. Er hoffe, die neuen Handelsverträge mit allen Mächten ohne Ausnahme zum Abschluß zu bringen. Die gegenwärtige Finanzpolitik werde fortgesetzt werden. Die Risikoaussagen würden auf das durchaus Notwendige beschränkt werden.

China.

Der Verfassungskampf.

Die Petersburger Zeitung Reich meldet, daß in China Militäraustritten im Gange seien. Die Offiziere der mandchurischen Armee hätten dem Zvon telegraphisch mitgeteilt, daß sie sich mit dem Volke solidarisch erklären werden, falls das Parlament nicht sofort einberufen werden wird. Im Fernen bestreitet man insolge dessen tatsächlich eine Revolte der mandchurischen Truppen.

Aus der Partei.

Wenn Sozialdemokraten gewählt werden...

Der Magistrat der Stadt München (Wessfalen) erhielt vom Regierungspräsidenten die Anweisung, die Wahlen der dritten Abteilung zu beanstanden, die Wahlen in München der Wahlen sei „ungenügend“ gewesen, und daß daher der Folge gehabt, daß in der dritten Abteilung „nicht genügend Dauerhafte“ gewählt seien. Die Bekanntmachung hatte aber den gleichen Wortlaut wie die früheren — nur jetzt, da zwei Sozialdemokraten gewählt waren, nun „unzulässig“ erwidert worden, daß die Bekanntmachung unzureichend sei. Die Stadtvorordnetenversammlung vom 12. Januar erklärte die Wahlen für gültig; in der Sitzung vom 19. kam nun der Regierungspräsident mit seiner Anweisung an den Magistrat.

So wird in Preußen regiert und das berühmte „Selbstverwaltungsrecht“ niedergelassen.

Und noch ein Feldenkampf! Die Mandate der sechs in Sabrau (Schlesien) gewählten sozialdemokratischen Stadtvorordneten wurden vom Bezirksauschuss für unzulässig erklärt. Warum? Weil von den Gewählern, die gegen die Wahl Protest erhoben hatten, große Verschieße begangen worden waren.

Ein sozialdemokratischer Kreislauf wurde in Albrecht bei Zahl gewählt. Zwei Kandidaten erhielten je fünf Stimmen; das Los entschied für den Genossen Endre.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Überblicke, Parteinarbeiten Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vernichtliches Karl Bod, Lokales Otto Niebuhr, Provinziales und Verfallungsschicksal Gotti, Rasparel, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Spezialstunde der Redaktion von 1/2 bis 1/2 Uhr.

Hohenlohe Erbswurst

vorzügliche Erbsuppe,
2 bis 3 Teller 10 Pfg.

Bockbier

Ausstoss ab 25. Januar 1911

empfehlen:

C. Bauer, Hermann Freyberg, Friedrich Günther, Hall'sche Aktien-Bierbrauerei, Wilh. Rauchfuss' Brauereien A.-G., Leipziger Bierbrauerei Riebeck & Co., Schultheiss Brauerei A.-G., Dessau, Stadtbrauerei Karl Berger, Merseburg, Freiherrl. von Sternburgsche Brauerei, Lützschena.

Geröstete Kaffees
von Nr. 1223 bis Nr. 200
empf. in vorzüglichster Qualität
Carl Boock,
Breitstr. u. Marktplatz im Turm.

**Die Rechte u. Pflichten
des Mieters.**

Preis 20 Pfennig.

zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung,
Burg 42/43.

Waschgefässe
durch bill. Mitt. d. N.-Sp.-B.
Gr. Klaus
Zander, frage 12.

H. Nolte,
Merseburgerstrasse 162
empfiehlt
Grüne Heringe

Waispölkern von Seid und
Matrasen
in und außer dem Hause,
Taschentücher, Unterwäsche etc.
Scharf, Bruderscherstr. 3.

Jeden Dienstag
Schlaachfest.
O. Grabann,
Mansfelderstr. Nr. 3.

Dienstag:
Schlachtefest.
Wilh. Nagel,
Glauchauerstr. 23.

Morgen u. jeden Dienstag
Schlachtefest.
Joh. Fischer,
Gr. Golenstr. 39.

Pausenfahrten jeder Art bei bill.
Abt. Ackermann, Mühlberg 10.

**Für Gastwirte, Vereine
und Gewerkschaften.**

Eintritts-Blocks
laufende Nr. von 1 bis 500.

Garderobe-Blocks,
laufende Nr. von 1 bis 500.

Statt- und Notiz-Blöcke,
Tanz-Kontrollen

(Gibt für Tanzbänden)

vorzüglich in verschiedenen Farben.

zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung

Burg 42/43.

Al. weicher Hund, gelb gefleckt,
im Volkstanz entlaufen. Gegen
Belohnung abzugeben

Zettel 1, 1 Kr. 1.
Vor Ankauf wird gewarnt.

Arbeitsmarkt
Lehrling,

mit guter Handschrift, aus acht-
barer Familie für Vertriebs-
geschäften per 1/4. gesucht.
Offert. unt. O. 787 an Hasen-
stein & Vogler H.-G., Halle a. S.

Um die Schundliteratur zu bekämpfen,

ist es notwendig, daß der Arbeiter in seinem eigenen Heim anfängt, eine gute Unterhaltungsliteratur einzuführen.

Weg mit all dem Schmutz und Schund,

der in einem Teile der, von geldgierigen Verlegern auf den Markt gebrachten sogenannten Unterhaltungsliteratur steckt. Durch die Versprechungen einer Invaliditäts- oder Unfallversicherung geben die Arbeiterfrauen monatlich oft eine Mark und mehr aus. Wenn dann einmal ein Unglück hereinbricht, dann müssen sie merken, wie elend sie betrogen worden sind. Darum hinaus aus dem Hause mit dieser Literatur. Die Parteipresse hat es sich zur Aufgabe gemacht, ihren Lesern eine vorzügliche und dabei sehr billige wöchentliche Unterhaltungsschrift für den geringen Preis

von 2 1/2 Pfennig pro Woche

zu liefern. Diese beispiellos billige Wochenschrift ist die

Neue Welt.

Wer sie noch nicht kennt, bestelle sie sofort; wer sie gelesen hat, mag sie nicht wieder missen. In kurzer Frist ist die Leserschaft der Neuen Welt im Verbreitungsgebiet des Volksblattes

von 120 auf 4000 gestiegen!

Diese Steigerung anzuführen genügt, um die Güte und Preiswürdigkeit der Neuen Welt zu kennzeichnen. Bis jetzt sind im neuen Jahre 3 Nummern erschienen, die nachbezogen werden können. Mit Nummer 5 beginnt ein neuer Roman.

Alle Volksblattleser, die Freunde guter Unterhaltungsliteratur sind und denen außerdem an der Erweiterung ihres Wissens und ihrer Bildung gelegen ist, vornehmlich aber

die Arbeiterfrauen sollten die Neue Welt abonnieren.

Den beigefügten Bestellzettel trenne man ab und übergebe ihn dem Expedienten oder sende ihn direkt an die Hauptexpedition. Den Postabonnenten kann die Neue Welt nicht überwiesen werden.

Berlag des Volksblattes für Halle u. d. Ganalteils,

Burg 42/43.

Bestell-Schein

Bestelle hiermit
Die Neue Welt

zum Abonnementspreise von monatlich 10 Pfg. frei ins Haus.
Wöchentlich erscheint eine Nummer.

Name:

Stand:

Wohnung: } Ort:

..... Straße Nr.

Landesamtliche Nachrichten

Galle-Süd (Steinweg 2), 21. Jan.
Aufgehoben: Kaufm. Krabner und Margarete Hofer (Fischerplan 3 und Varnitz 5), Arbeiter Wolfensteller und Lucia Herzau (Wiesbargerstr. 44 und Königstr. 43), Walter Köhler und Marie Brandt (Alt. Lindstr. 29 u. 9), Kaufm. S. H. A. Meyer und E. G. Schmidt (Galle 1 und Weisig).

Gefährlichungen: Tischler Schumann und Antonie Wiedemann (Banana und Dantenstr. 18), Buchhändlerin Wilhelmine Höpfe und Meta Köhler (Steinweg 46), Kaufmann Lehmann und Helene Klau (Lindenberg 17 und In der Weststraße 1), Kaufmann Jäger und Margarete Hermann (Königsstr. 7 und Unterberg 10), Ger. Sekretär Zimmermann und Elise Schorch (Wehe und Raffineriestr. 28), Pastor Krümming und Gertr. Mühl (Mittel u. Palmenstr. 2).

Geboren: Arbeiter Wulst S. (Zwingerstraße 26), Kaufmann Erna T. (Schönbrunn 8).

Gestorben: Schloßherr Wendi T., 2 J., (Riechenerstr. 10), Bäckermeister Heinrich aus Bismarcken, 82 Jahre (Königstr. 10), Bäckermeister August Scheider, geb. Schmidt, 71 J. (Gartenstraße 2), Geschäftsführer Ulrich T., 6 Mon. (Unterberg 9), Witwe Bertha Jube, geb. Elm, 77 J. (Gartenstraße 15), Heinrich Grün T., 1 Mon. (Zwingerstr. 49), Kaufm. David aus Hebbal, 40 J. (Königstr. 7/8), Rüstbändlers Gleichmann (Heftau, 40 Jahre), Kaufm. 62 Jahre (Berlinerstr. 24), Arbeiter Richter Sohn, 3 J. (Brandstr. 22), Postkollektors Müller S., 5 Jahre (Brandstr. 25).

Galle-Nord (Hr. Brunnenstr. 3a), 21. Januar.

Aufgehoben: Glendehrer Wilschhoff und Emma Starke (Gartenstr. 5 und Brandstr.).

Gefährlichungen: Zimmermeister Michael und Marianne III geb. Brauer (Gartenstraße 2), Arbeiter Wölfler und Maria Schweiß (Königstr. 10 und Blauerstr. 18), Zimmermann Jörn und Ida Witke (König u. Bismarckenstr. 2).

Geboren: Maurer Roder T. (Blauerstr. 15), Kaufmann David T. (Hr. 4).

Gestorben: Schauspieler Otto de Nolte, 65 J. (Königstr. 42), Immobilienbesitzer Christian Karoline geb. Zingst, 72 J. (Fischerstraße 69), Margarete Engelmann, 22 J. (Große Wallestr. 4), Buchhändler Giese, 56 J. (Weisigstr. 2).

Sonntag früh entlich nach schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Ida Pfeifer,
geb. Kreuzmann
in einem uns viel zu frühem Alter von 48 Jahren.
Dies zeigen allen Freunden und Bekannten tiefbetrübt an
Die Hinterbliebenen:
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Dankagung.
Zurückgekehrt von Grabe meines lieben Mannes sage ich allen denen, die mir so hilfreich zur Seite standen und die feinen Sorg mit Kränzen schmückten, meinen besten Dank. Denn auch denen, die ihm zum Grabe das letzte Geleit gaben.

Witwe Marie Hilpert.

„Aufruhr“ nicht bewiesen.

Monat vor dem Schöngerichte.

P. B. Berlin, 21. Januar 1911.

In der Sonnabendung wurden die Widbörers fortgesetzt. Rechtsanwält Rosenfeld kennzeichnet die Tätigkeit der Strafmittelbeamten, die zwar ohne Zusammenhang mit der unformierten Polizei operiert, aber gemeinsam mit ihr ruhige Wasserläufer im Handlungsbereich hätten. Der Mord der Strafmittelbeamten und der Mord der Schulpforte beiderseits die Strafe. Die in der Verhandlung zur Sprache gekommenen Vorgänge berechtigen zu der Behauptung: Vier sitzen nicht nur die Angeklagten, hier sitzt auch

die Polizei auf der Anklagebank.

Die Beschornenen haben allerdings nicht über die schuldigen Polizeibeamten zu Gericht zu sitzen. Der Vorlesende unterbricht den Verteidiger, die Aufklärung über die Polizeibeamten ist unzulässig. Rechtsanwält Rosenfeld protestiert gegen die Unterbrechung und sagt, es könne ihm nicht verwehrt werden von schuldigen Polizeibeamten zu sprechen, denen eine große Zahl roter Mißhandlungen, logar

ein offenkundiger Totschlag nachgewiesen

seien. Auch die Verteidiger Heine und Seinemann bezichtigen den Eingriff des Verhörs als eine Beschränkung der Verteidigung und verlangen Gerichtsbescheid. Das Gericht beschließt: Die Unterbrechung durch den Vorlesenden war „notwendig“ und durch die Sadiage „geboten“. — Die Reide der Widbörers schloß mit einer Rede des Justizrats Friedmann. Er führte aus, die Voraussetzungen, daß sich die Beamten bei ihrem Vorgehen gegen die Angeklagten in berechtigter Ausübung ihres Amtes befunden hätten, läßt sich hier, wo so viele Ausführungen nachgewiesen seien, nicht aufrechterhalten. Die Verteidigung verlangt von der Staatsanwaltschaft, in jedem Falle den Nachweis zu führen, daß eine berechtigte Amtsausübung vorliegen habe. Wird dieser Nachweis nicht erbracht — und er läßt sich nicht erbringen, so können die Angeklagten nicht wegen Aufruhrs, nicht wegen Widerstands, sondern höchstens wegen „groben Unfugs“ bestraft werden.

Der Oberstaatsanwalt lehnt es ab, den von Friedmann geforderten Beweis zu führen. (1) Rechtsanwält Dr. Seinemann antwortet ihm: Damit verstoßt also die Staatsanwaltschaft darauf, ein wesentlicher Tatbestandsergebnis, das des Aufruhrs, nachzuweisen. Es kann also auch keine Beurteilung wegen Aufruhrs erfolgen. Es folgten eine Rede des Oberstaatsanwalts und Gegenansprachen der Rechtsanwält Heine, Seinemann und Rosenfeld. Es handelte sich um die Frage, ob den Angeklagten Hausverbot und Aufruch zur Last gelegt werden könne. Der Oberstaatsanwalt bemühte sich, die Beschornenen zu überzeugen, sie „müßten“ die Strage nach Aufruch und Landfriedensbruch bejahen. Wenn das Urteil nicht in diesem Sinne ausfalle, würden die Beschornenen ungeheuren Schaden erleiden; sie würden dadurch die Strage dem Wob überleben und lebem einzelnen das Recht geben, nach seinem Gumbinden über Leben, Gesundheit und Eigentum der Bürger zu verfügen. Die Verteidiger entgegneten: Wenn die Beschornenen die geringfügigen Ausführungen der Angeklagten als Landfriedensbruch und Aufruch beurteilen wollen, wenn die zahlreichen kleineren Amtshandlungen der Schulpforte unberücksichtigt bleiben sollen, wäre leben einzelnen Beamten das Recht gegeben, nach ihrem Willen nicht nur über die Strage, sondern über Recht, Freiheit und Leben der Bürger zu verfügen. Will man die Ausführungen der Beamten damit entschuldigen, daß man ihnen die Erregung über vereinzelte Angriffe auf einige ihrer Kollegen zugute hält, sind doch die Angeklagten erst recht zu entschuldigen, wenn sie sich aus Erregung über die vielen Mißhandlungen harmloser Pallanten zu verhältnismäßig recht geringen Ausführungen hinsetzen ließen. In zahlreichen Fällen ist ohne Not, ja ohne Anlaß die Waffe gebraucht und Mißbrauch mit der Amtsgewalt getrieben. Die Verteidigung verlangt von den Beschornenen nicht, daß sie die Angeklagten gegen das Gesetz freisprechen sollen. Aber es muß erwartet werden, daß sie freisprechen werden, ob die Handlungen der Angeklagten unter die außerordentlich schweren Strafbestimmungen fallen, die die Staatsanwaltschaft beantragt. Die sorgfältiger und unbefangener Prüfung kann die Entscheidung nur so ausfallen, daß wegen Aufruchs und Landfriedensbruch, sondern höchstens großer Unfug angenommen wird.

Das Urteil wurde am Sonnabend noch nicht gefällt. Es wird am Montag erwartet.

Das „berühmte Monbit“.

Vor dem Landgericht und Schöffengericht in Bremen kamen am Freitag mehrere Anklagen aus Anlaß der Polizeirunden im Oktober d. J. zur Verhandlung. Eine große „Aufschubaktion“ gegen den Arbeiter Wolf, die ihm sechs Wochen Untersuchungshaft einbrachte, wurde schon bei der Verurteilung zu einer einfachen Anklage wegen Widerstands und vorer in der Verhandlung noch mehr an Schwere. Wolf's Mißstand bestand darin, einem Schutzmännchen, der ihn aus einem wichtigen Anlaß vorlassen wollte, aufzulocken zu sein. Er wurde dann von zwei anderen Schutzmännchen gepackt, getuschelt, zu Boden geworfen und mit dem Säbel bearbeitet, so daß er 15 Tage im Krankenhaus bringen mußte. Der Staatsanwalt beantragte sechs Wochen Gefängnis, das Urteil lautet auf 14 Tage Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbißt angesehen werden.

Weiter wurde vor dem Landgericht gegen den Arbeiter Pfaff, den Schreiber Polacz, den Arbeiter Behne und den Schreiberlehrling Wolfner verhandelt. Sämtliche Angeklagten sind erst 15 bis 16 Jahre alt. Die ersten beiden sind wegen Teilnahme an einer „Zusammenrottung“, die anderen wegen „Aufruhrs“ angeklagt. Wolfner wurde freigesprochen, die anderen erhielten einige Monate Gefängnis. Im ganzen wurden gegen zwei Jahre Gefängnis aufzählt.

Insofern war man in Bremen klüger als die Berliner Staatsanwaltschaft, daß man die Straffälle nicht verband und so einen Kontroverprozeß schuf. In einem besonders ergaben die Bremer Prozesse das gleiche Resultat wie der Prozeß vor der Oberammer: nicht der geringste Zusammenhang zwischen den Straffällen, der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften konnte nachgewiesen werden. Die Polizei reißt nach wie vor trotz ihrer erfolgreichen Verleumdungen Klagen schwer befaßt. Der Gefahr des Unfuges sollte man begegnen und der „Unfug“ wird nun erst recht blühen und gedeihen.

Gewerkschaftliches.

Ein Verbandsjubiläum.

Der Verband der Wöttdter konnte, wie das Korrespondenzblatt der Generalcommission der Gewerkschaften schreibt, am 1. Januar auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken. Am 25. August 1886 wurde anlässlich der Bremer Generalversammlung der Kantentafel in einer öffentlichen Versammlung die Gründung des Verbandes beschlossen und den Bremer Kollegen die Vorarbeiten übertragen. Nachdem die Statuten beschließend genehmigt waren, konnte der Verband am 1. Januar 1888 seine Tätigkeit aufnehmen. Die Entwicklung ging langsam vorwärts; auf der Jahr später tagenden ersten Generalversammlung zählte der Verband in 16 Zirkeln 180 Mitglieder. Aber die Beiträge waren zu niedrig, um größere Leistungen zu ermöglichen. Immerhin beschloß man in jener Generalversammlung die Herausgabe eines eigenen Organs, das zunächst in Berlin redigiert und in München gedruckt wurde, während der Vorstand seinen Sitz in Bremen hatte. Allmählich kam der Verband jedoch in mehr geordnete Bahnen, die Beiträge wurden erhöht, das Unterhaltungsorgan eingeführt, in praktischen Kämpfen die Mitglieder gekämpft mit der Anstellung geeigneter Kräfte in der Verbandstätigkeit und für die Legalität wurde eine geordnete Verwaltung geschaffen und heute zählt der Verband in 100 Zirkeln 8000 Mitglieder, womit ein großer Prozentsatz der Berufsangehörigen organisiert ist.

Der Wöttdterverband hat bereits zwei Vorläufer gehabt. Am 28. Juni 1878 fand in Berlin ein erster Kongreß der deutschen Wöttdter statt, auf dem die Gründung des Wöttdter- und Küstervereins beschloß wurde. Dieser Verein fiel zwei Jahre später der Frau Tesendorf zum Opfer. Aber schon am 31. Dezember des Jahres 1878 veranleten sich wieder die Organisationsvertreter in Leipzig, um den Wund deutscher Wöttdter ins Leben zu rufen. Ein längerer Wirten war auch dieser Organisationsaktion nicht bedenklich, denn nach dem Tode des Gesellschaften des Wöttdter (im Jahre 1878) beschloß aufschloß — von Rechts her. Das hat der Reaktion zwar nicht genehmigt, denn die Wöttdterarbeitertiefen sich das Konstitutionsrecht nicht so ohne weiteres nehmen. Sie haben, wie das jetzige Verbandsjubiläum zeigt, unermüdlich und mit Erfolg für die Schaffung einer leistungsfähigen Organisation unter den schwierigsten Verhältnissen gewirkt.

Betriebsbeschränkung in der Textilindustrie.

Der Verband Süddeutscher Baumwollgewerbetreibender, das sind die süddeutschen Baumwollwebereien, hat in einer in Stuttgart stattgefundenen Mitgliederversammlung einstimmig beschlossen, durch weitere Produktionsbeschränkungen eine etwaige Aufbesserung der Fabrikatspreise durchzuführen.

Damit die Baumwollwaren größere Profite erzielen können, wird der Betrieb eingeschränkt und die schon jetzt scheidet genug bezahlten Textilfabriken dürfen den Hungerriemen noch enger schnallen.

Aktion, Glühlampenarbeiter.

In den Glühlampenfabrik Oberweißbach in Thüringen drohen Differenzen auszubrechen. Die Firma stellte den Arbeitern Lohnabzüge bis zu 25 Prozent in Aussicht. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die sämtlich organisiert sind, und die schon länger genau bezahlt werden, sind nicht gewillt, den Lohnabzug ruhig hinzunehmen. Sofern die Firma auf ihrem Standpunkt beharren sollte, ist ein Streik unermiedlich. Der Betrieb ist deshalb vorläufig streng zu meiden.

Scharfmacherzettel.

Der Unternehmensverband der Textilindustrie im Münsterland hat beschloßen, alle dem Verbands angehörenden Textilarbeiter und Arbeiterinnen zu entlassen und den Betrieb stillzulegen, sofern von den Arbeitern nicht der Streik in der Firma Gees in Neubürgern aufgehoben wird. Von dieser Auslieferung würden 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen werden.

Streik der Wiener Bühnenarbeiter.

Die Wiener Bühnenarbeiter, die im Artverhältnis mit dem Wiener Publikum stehen, haben wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen durch die Theaterdirektoren den Streik beschlossen. — Am Sonnabend Abend hat der Generalstreik der dem Bühnenbund angehörenden Orchestermitglieder und Theaterarbeiter an den Wiener Theatern begonnen, doch haben in allen Theatern die Vorstellungen, wenn auch mit Störungen, fortgefunden. Vor allen Theatern war ein hartes Nachausgebe aufgestellt. Der Theatermusikerverband, eine Verlegerorganisation, leitet jetzt eine Gegenaktion ein. Er veranlaßt am Dienstag eine große Versammlung, in der beschloßen werden soll, an den Theatern, deren Leiter der Bühnenarbeitern angehörendes Bühnenpersonal beschäftigen, nicht weiter zu arbeiten.

Die englischen Arbeiter im Jahre 1910.

Seit Mitte 1907 und während des ganzen Jahres 1908 hatte die Arbeitslosigkeit infolge der Krise zugenommen. Der höchste Stand wurde im September 1908 mit 9,5 Proz. erreicht, gegen 4,2 Proz. im gleichen Monat 1907, 7,1 Proz. im Oktober 1909 und 4,4 Proz. im Oktober 1910. Im Jahresdurchschnitt wurden in den Jahren 1907—1910 als arbeitslos registriert: 9,6 Proz., 8,7 Proz., 4,7 Proz. Die Unterlage für diese Zahlen dienen die Berichte von Gewerkschaften, die rund 700 000 Mitglieder zählen.

Sohnänderungen wurden im Jahre 1910 für 534 119 Arbeiter, die im ganzen eine wöchentliche Netto-Lohnverhöhung von 18 891 Ffd. Sterl. erhielten, während die im Jahre 1909 an Lohnänderungen beteiligten 1 151 762 Arbeiter noch einen Netto-Verlust von wöchentlich 69 120 Ffd. Sterl. erdulden mußten.

Im Jahre 1908 wurden die Löhne der an der Statistik beteiligten Arbeiter um netto 61 888 Ffd. Sterl. für die Woche geunken, 1909 um 69 120 Ffd. Sterl., zusammen also um 120 808 Ffd. Sterl., während die Nettogehälter im Jahre 1910 nur 19 891 Ffd. Sterl. betrug, so daß die beteiligten Arbeiter zugleich rund 117 900 Ffd. Sterl. oder 2 340 000 Ffd. wöchentlich niedriger seien als im Jahresdurchschnitt 1907, trotzdem sie nur organisierte Arbeiter in Frage kommen und die Gewerkschaften mit allen Mitteln eine Verschlechterung zu verhindern trachten.

seien. Wie mag es da erst bei den Unorganisierten aussehen! Dabei steigen die Lebensmittelpreise seit dem Vorjahre um 1,7 Proz. seit 1907 um 4,1 Proz.

Ein wenig erfreulich ist es auf dem Gebiete der Arbeitslosigkeit, daß die Zahl der Arbeitslosen im Jahre 1908 208 000 Personen eine Verringerung von 5412 Personen wöchentlich annehmen mußten, erzielten 13 341 Personen Arbeitslosenversicherung von wöchentlich 43 393 Stunden.

1910 fanden 496 Arbeitsstellenöffnungen statt, an denen 508 589 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt waren. Zu Beginn des Jahres waren 26 Arbeitsstellenöffnungen des Vorjahres noch nicht erledigt. Anfolge dieser Arbeitsstellenöffnungen wurden fast 9 1/2 Millionen Arbeitstage verloren; die Zahl der Beschäftigten hat seit 1903, dem Jahre des großen Bergarbeitersstreiks, in allen Bereichen keine solche Höhe wie 1910 erreicht! Die größten Schritte des Jahres spielten sich im Kohlenbergbau (115 000 Beschäftigte) und Anlaß der Durchführung des neuen Bergwerkesgesetzes, in der Textil- und in der Schiffbauindustrie ab.

Fast 5 Prozent der gesamten industriellen Bevölkerung des britischen Königreiches waren im Jahre 1910 an Arbeitslosigkeit beteiligt. Und trotz dieser verhältnismäßig hohen Zahl der Beschäftigten der englischen Arbeiter in den letzten Jahren ganz bedeutend vermindert; deshalb werden die in der Bestimmung in der aufsteigenden Konjunktur zweifellos ganz geratig gehen.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 23. Januar 1911.

Der erste Demonstrationstag des Jahres 1911.

Womit die Berichte aus den Orten der Wahlrechtsdemonstration des gestrigen Tages vorliegen, lassen sie erkennen, daß allüberall der Proletariat mit Unterstützung in das Kampffeld 1911 einmühten sind. Laufende und Ueberlaufende nahmen teil an der Erklärung des Wahlrechtskampfes, der ja gleichzeitig auch die Einleitung des Wahlkampfes bedeutet. Die Meistwahlergebnisse sind wiederum erlitten, daß sich das arbeitende Volk durch nicht einschüchtern läßt, sondern daß es unermüdlich weiter kämpft um sein auto. Recht, trotz Polizeigewalt, trotz Waffengewalt, trotz Maschinenwunde und Kleinigkeiten. Das Leben und Wirken der Wahlkämpfer und Arbeiterinnen bringt nichts zuwege, als daß das Proletariat die Angst jener „Geldelien und Weiten der Nation“ erkennt und mutiger und zuverlässiger immer seine Bahn verfolgt. Und wenn jene „Wahlergebnisse“ und „Wahlergebnisse“ immer lächerlicher in ihren Bemühungen werden, die politisch denkende und regame Arbeiterkraft vor ihre „geitigen“ Waffen des Massenmordes zu bringen, so wird die Arbeiterklasse immer überlegen und höher den Untergehenden gegenüber.

Wieder einmal gitterte der preussische Staat von ordnungstretterischer Verordnungen in allen Augen und Winkeln. Hierbei hat die Wahlkämpferin in den Versammlungen aufgeschoben worden und trotzdem die Polizei an ihren Sammelstellen geknabert wimmelt, um die einschneidende Revolution aufzumachen? Was soll man dazu sagen, wenn die Polizei, trotzdem sie auch auf diesem Gebiete die Ungeheuerlichkeit ihres Vorgehens gerichtlich attestiert bekommen hat, wieder einmal zu Wassererhaftungen von Flugblattverbreitern greift? Wenn diese Behörde durchaus glaubt, ihre und des Staates Autorität durch schwere Niederlagen stützen und erhalten zu können, dann haben wir keine Ursache, ihr diesen Glauben zu nehmen. Wenn sie glaubt, der Arbeiterverbreitung einen Schaden zu tun, daß sie ertliche Flugblätter aufbewahrt, die dann eben später zur Verbreitung kommen, so wird es für diese Behörde nur ein nutzloses Nadeln sein. Während bisher seit langem die Verbreitung von Flugblättern an Sonntagen auch in Halle ungehindert vor sich gehen konnte, wurde gestern plötzlich wieder die Ordnungswidrigkeit eines solchen Zuns entbunden und demgemäß polizeilich eingeschritten. Etwa 50 Flugblattverbreiter wurden gestern früh festgenommen, auf den Polizeiamt ihrer Verantwortlichkeit nach festgesetzt und dann wieder entlassen, während man ihnen die Flugblätter gegen Caution abnahm. Was dieser Polizeistat zugrunde liegt, wissen wir nicht. Bemerkt ist wieder einmal das roteste Schwert der „öffentlich bemerkbaren Arbeit“ aus der Polizeistatstammer herorgeholt worden — auf die Gefahr hin, daß es nunmehr ebenfalls unbrauchbar gemacht werde. Wie werden in diesen Gebieten die glanzvollen politischen Aktionen zu vollziehen, laßt sich nicht sagen. Die Szenen der Drehplattverbreiter sollten es sich selbst sagen, daß es zu den verheerenden Aktionen gehört, wenn vielleicht 2000 Flugblätter an den Polizeiamt verbracht werden, während 30 000 in der Stadt von Haus zu Haus, von Wohnung zu Wohnung flattern.

Aber diese Leistung war nicht die einzige, an der die Polizei ihre haarschneidende Kunst verwendete. Im Glauchaischen Schützenhause verbot sie während der Versammlung den Versammlung „Warum und Wie?“ Das ist unbedeutend. Aber auch dafür werden wir die Gründe zu erfahren. Man fühlt sich außerdem in die Reihen der schönsten Unvorsichtlichkeit unter dem alten preussischen und sächsischen Vorgesetzten, wenn man diese Nachricht hört. Wie werden sich die hochparteilichen Straußereibereiter freuen, wenn sie erfahren, daß die Polizei ihre Verbotene auf den Index legt und wie haben die Versammlungsleiter, daß man sie so vortrefflich vor dem Unfug bemerkt!

Über die einzelnen Versammlungen erhalten wir folgende Resultate:

Über die einzelnen Versammlungen erhalten wir folgende Resultate:

